

HFA 21. 06. 2016

Top 13 – Mitteilung der Verwaltung

Über nachstehende Pressemitteilung des OVG Münster vom 10. 06. 2016 und die künftig zu beachtenden Kriterien für die Zulassung verkaufsoffener Sonntage hat die Verwaltung die Antragsteller unterrichtet. Insbesondere muss der Anlass für den verkaufsoffenen Sonntag eine Veranstaltung sein, die einen nachhaltigen Besucherstrom auslöst, und es dürfen nur Geschäfte im Umfeld der Veranstaltung geöffnet werden.

Geschäfte in Velbert dürfen an den freigegebenen verkaufsoffenen Sonntagen 2016 nicht öffnen

Das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen hat heute auf Antrag der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di durch einstweilige Anordnung entschieden, dass die Geschäfte in Velbert an den durch Rechtsverordnung freigegebenen verkaufsoffenen Sonntagen 2016 bis zu einer Entscheidung im Hauptsacheverfahren nicht öffnen dürfen. Die Entscheidung betrifft bereits die Ladenöffnung am unmittelbar bevorstehenden Sonntag, den 12. Juni 2016, in Neviges. Das an diesem Tag stattfindende Kinderfest kann stattfinden. Bezo gen auf die weiteren verkaufsoffenen Sonntage, die erst ab September 2016 geplant sind, hat der Rat der Stadt hinreichend Gelegenheit, nach den hierfür erforderlichen Ermittlungen rechtzeitig eine rechtsgültige neue Rechtsverordnung zu erlassen.

Die Rechtsverordnung der Stadt Velbert über das Offthalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass im Jahr 2016 vom 15. Dezember 2015 bestimmt, dass die Verkaufsstellen in den jeweils ganzen Stadtbezirken von Velbert Mitte, Langenberg und Neviges an jeweils vier, insgesamt 12 Sonntagen, zu bestimmten Anlässen für einige Stunden geöffnet sein dürfen.

Der 4. Senat des Oberverwaltungsgerichts hält diese Rechtsverordnung für offensichtlich rechtswidrig und nichtig. Von der Verordnungsermächtigung zur Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen dürfe zur Wahrung des Sonn- und Feiertagsschutzes nur Gebrauch gemacht werden, wenn die Ladenöffnung gegenüber der anlassgebenden Veranstaltung nur untergeordnete Bedeutung habe. Dies könne in der Regel nur dann angenommen werden, wenn die Ladenöffnung auf das Umfeld des Marktes begrenzt werde. Auch müsse nach einer anzustellenden Prognose der Besucherstrom, den der Markt für sich genommen auslöste, die Zahl der Besucher übersteigen, die allein wegen einer Öffnung der Verkaufsstellen kämen.

Diese Vorgaben seien bei Erlass der Rechtsverordnung offensichtlich nicht beachtet worden. Es fehle schon an einer nachvollziehbaren Prognose darüber, ob die 2016 noch anstehenden Märkte und Veranstaltungen so attraktiv sein würden, dass sie und nicht die am selben Tag gestattete Ladenöffnung den hauptsächlichen Grund für den Aufenthalt von Besuchern in Einzelhandelsbetrieben innerhalb eines ganzen Stadtbezirks über die Innenstadtlage hinaus bieten würden. Die Begrenzung der Ladenöffnung auf das Umfeld des jeweiligen Markts oder Festes in Innenstadtlage habe nicht stattgefunden. Schließlich gehe die Verordnung über die gesetzlich zulässige Höchstzahl von elf freizugebenden Sonn- und Feiertagen hinaus.

Der Beschluss ist unanfechtbar.

Aktenzeichen: 4 B 504/16 (VG Düsseldorf 3 L 945/16)

Anlage: Zeitungsausschnitt der WZ vom 11. 06. 2016

Richter untersagen Shopping-Sonntage

Das Oberverwaltungsgericht hat gestern die verkaufsoffenen Sonntage in Velbert gekippt. Das könnte Folgen für andere Städte haben.

Von Holger Bangert, Carolin Scholz, Alexander Schulte und Andreas Reiter

Kreis Mettmann/Münster. Zum Kinderfest in Velbert-Neviges sollte es morgen den nächsten verkaufsoffenen Sonntag geben. Doch daraus wird nichts. Das Spielfest im Wallfahrtsort findet statt, die Geschäfte bleiben geschlossen. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat gestern auf Antrag der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi per einstweiliger Anordnung entschieden, dass alle vom Velberter Rat für dieses Jahr verabschiedeten Extra-Verkaufstage bis zur richterlichen Entscheidung in der Haupsache nicht stattfinden dürfen.

Der Beschluss kann für ganz NRW bedeutsam sein

Ein Beschluss, der zwar zunächst nur Velbert trifft, aber für das ganze Land bedeutsam ist. Denn erstmals wurde die Überprüfung von Rechtsverordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass per Eilantrag für zulässig erklärt. Das war bisher allein für Bauverfahren möglich. Und: Der 4. Senat des Oberverwaltungsgerichts schrieb der Stadt ins Stammbuch, dass ihre Begründung

dungen für besondere Anlässe zu weit hergeholt sind und sie damit gegen die gesetzlichen Vorgaben verstößen.

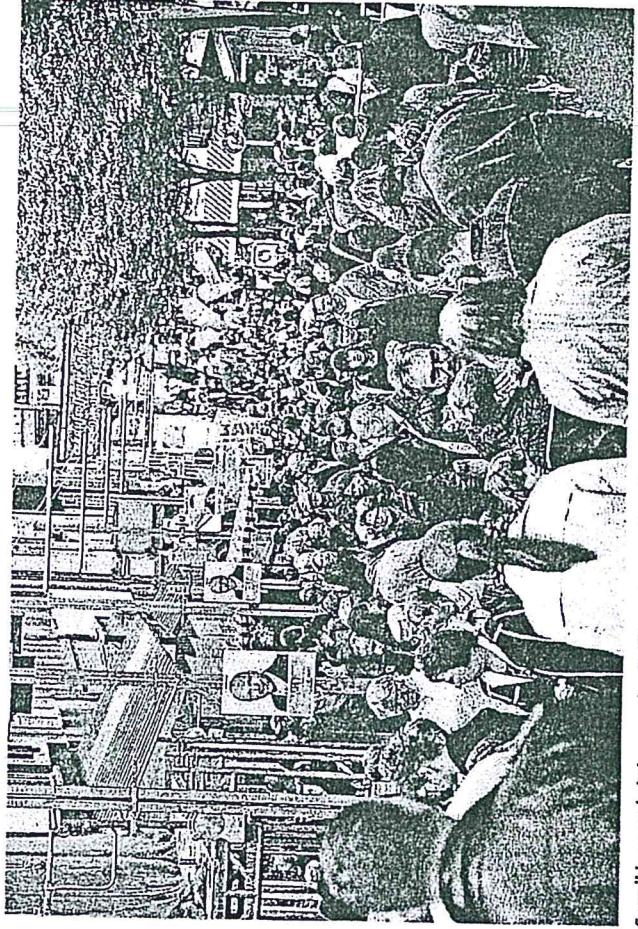
Shopping-Sonntage seien zur Wahrung des Sonn- und Feiertagschutzes nur dann zulässig, wenn die Ladenöffnung gegenüber der anlassgebenden Veranstaltung nur eine untergeordnete Rolle spielt. Sprich: Das Fest muss zugkräftiger sein als das zätsliche Einkaufserlebnis.

Das hatte Verdi bei der ersten Auflage des Kinderfestes bezweifelt und auch bei den Velberter Einkaufssonntagen unter Motto wie „Wir verabschieden den Winter“, „Wir feiern den Herbst“ oder „Es naht der Winter“.

In Wuppertal steht man dem Richterspruch gelassen entgegen. Keine Sorgen um die Gemeinschaft von verkaufsoffenen Sonntagen im Wuppertaler Stadtteil Barnim macht sich Thomas Helbig vom Vorstand der IG City Barnim: „Wir haben immer gute Gründe, denn unsere verkaufsoffenen Sonntage hängen an Veranstaltungen.“ Zuletzt sei anlässlich des Stadtfestes „Barnim live“ Ende Mai sonntags geöffnet gewesen. Im Winter würde der Weihnachtsmarkt den Anlass zur Öffnung bieten. Das Gleiche sagt auch Thomas Pusinelli von der IG 1 in Elberfeld. „Der Weg zu einem verkaufsoffenen Sonntag ist entscheidend“, sagt er. Zuerst werde eine Ver-

anstellung geplant - die sei dann der Grund Sonntag zu öffnen. Veranstaltungen, die auch Publikum aus dem Umland anziehen, seien für die Bezirksvertretung immer ein guter Grund, einen verkaufsoffenen Sonntag zu genehmigen.

Düsseldorf geht streng bei der Genehmigung vor. In Düsseldorf ist die Stadt vergleichsweise streng bei der Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen. 2015 wollte sie zunächst nur zwei genehmi-



Archivfoto: Stefan Fries

RICHTERSPRUCH

ENTSCHEIDUNG Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 11. November vergangen Jahres entschieden, dass die Rechtsverordnung einer bayrischen Gemeinde zur Freigabe der Ladenöffnung an einem Marktsonntag unwirksam war. Das war eine Premiere. Und: Gewerkschaften können Normenkontrollklage gegen eine Rechtsverordnung erheben, die den verkaufsoffenen Sonntag zur Einwendung der Wehrhahnlinie am 21. Februar verzichtete man.